



## Information der SPD Kreistagsfraktion Düren

01/18

### Revier Appell der Gewerkschaften Ver.di und IGBCE

Auf Initiative der SPD - Fraktion wurde ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Die Linke und UWG/Piratenpartei im Kreistag, zum Strukturwandel in der Region einstimmig verabschiedet

*Der Kreistag unterstützt die Forderungen des "Revier-Appells" zum Strukturwandel im Rheinischen Revier:*

*1. Wir fordern die Bundesregierung auf, die betroffenen Kohlereviere bei der Erarbeitung der strukturpolitischen Empfehlungen der Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung" einzubeziehen und ein Beteiligungskonzept vorzulegen.*

*2. Wir unterstützen die Forderung nach einem regionalen Strukturentwicklungskonzept, welches maßgeschneidert auf die Kommunen rund um die Tagebaue und Kraftwerksstandorte eine nachhaltige Strukturentwicklung fördert.*

*3. Wir fordern die Bundes- und Landesregierung auf, einen umfassenden Entwicklungsansatz zu wählen, in dem die vorhandenen Instrumente und Mittel zur Strukturpolitik aufeinander abgestimmt werden und der Region des Rheinischen Reviers ein Sonderstatus zugebilligt wird.*

*Der Kreistag fordert sich gemeinsam mit dem Zweckverband Region Aachen und der "Innovationsregion Rheinisches Revier" (künftig: "Zukunftsagentur Rheinisches Revier") bei der Bundes- und Landesregierung für die Umsetzung dieser Forderungen einzusetzen.*



Der gesamte Appell ist unter diesem Link komplett einzusehen

<https://alsdorf.igbce.de/appell/169860>

## Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes Düren, also außerhalb der Stadt Düren

### Grundsätze

#### der politischen Arbeit

Miteinander vor Ort -Zukunftsgerecht  
Gut haushalten

Bildung fördern

Familien stärken

Alle mitnehmen

Partnerschaft organisieren

Arbeitsplätze sichern

Finanzen des Kreises in Ordnung bringen

Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 05.07.2018 die Entscheidung getroffen, dass für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege weitestgehend keine Beiträge mehr zu entrichten sind.

Nach rechtlichen Bedenken der Bezirksregierung wurde um einen langen Rechtsstreit zu vermeiden ein Kompromiss eingegangen. Nur Familien, die über ein Bruttoeinkommen von 120 000 Euro jährlich und mehr verfügen, müssen noch Kita-Beiträge entrichten.

Wer ein geringeres Einkommen bezieht, das sind ca. 90 bis 95 Prozent der Familien im Kreis, zahlt nichts mehr. Der Kreis Düren setzt schon seit Jahren auf beitragsfreie Kita-Jahre. Seit 2010 sind die ersten 24 Monate frei.

Das letzte Jahr ist für die Eltern aufgrund eines Landesgesetzes seit 01.08.2011 kostenfrei.



## SPD Kreistagsfraktion Düren

Telefon: 02421/22-2327  
Fax: 02421/22-2060  
E-Mail: [spd@kreis-dueren.de](mailto:spd@kreis-dueren.de)  
Bürozeiten:  
Mo. bis Do. 08.30-16.30 Uhr  
Fr. 08.30-13.00 Uhr  
[www.spd-kreis-dueren.de](http://www.spd-kreis-dueren.de)

Fraktionsassistentin  
Peggy Burtscheidt  
Geschäftsführer  
Dieter Hockel

### Sitzungstermine

Vorstand:

Montag 05.11.2018  
Montag 26.11.2018  
Montag 03.12.2018

Fraktion:

Montag 10.09.2018  
Montag 24.09.2018  
Montag 08.10.2018  
Montag 12.11.2018  
Klausur 30.11. bis  
01.12.2018  
Montag 10.12.2018  
Montag 17.12.2018

**Die Fraktion hat nachfolgenden Antrag in den Kreistag Düren eingebracht.  
Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.**

### **Die Kreisverwaltung Düren beteiligt sich am Projekt „Bestandsaufnahme zur Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude“ im Rahmen des Aktionsplans NRW**

Im Kreis Düren leben viele Menschen mit unterschiedlichen Formen der Behinderung, die Angelegenheiten im Kreishaus zu erledigen haben. Um seitens der Menschen mit Behinderung zumindest kalkulierbare Notwendigkeiten zum Besuch des Gebäudes im Voraus erkennen zu können, regen wir eine Teilnahme am Projekt und Einstellung des Gebäudes in den Katalog „InformierBar“ an. Bürgerinnen und Bürger sollen sich im Vorfeld eines Besuchs darüber informieren können, ob sie angesichts ihrer individuellen Bedarfslage in einer Einrichtung zurechtkommen oder auf Unterstützung angewiesen sind. Dafür

wird eine Aufnahme der Barrierefreiheit der Räumlichkeiten und Bauteile vorgenommen. Eine anschließende generelle Bewertung des vorgefundenen Zustandes erfolgt nicht, da die individuelle Planungssicherheit der Nutzer im Vordergrund steht und die InformierBar als reines Informationsportal fungiert. Informationen zum Projekt: [http://www.ab-nrw.de/index.php?option=com\\_content&view=category&layout=blog&id=191&Itemid=242](http://www.ab-nrw.de/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=191&Itemid=242)

### **Resolution "Tierschutz an Schlachthöfen"**

Durch einstimmigen Beschluss des Kreistages werden die Landesregierung und der Landtag NRW aufgefordert

. per Erlass sicherzustellen, dass an den Schlachthöfen in Nordrhein-Westfalen, wie bereits in Düren umgesetzt, während der Schlachtzeiten in dem besonders sensiblen Bereich der Betäubung permanent ein zusätzlicher amtlicher Tierarzt/eine amtliche Tierärztin anwesend ist und dadurch eine lückenlose Überwachung in diesem Bereich gewährleistet ist

. die in Düren erfolgte Schwerpunktüberwachung des Schlachthofes durch die interdisziplinäre Expertenkommission des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) flächendeckend auch an allen anderen Schlachthöfen in NRW durchzuführen

. regelmäßige, mindestens jährlich stattfindende praxisorientierte, zertifizierte Fortbildungsveranstaltungen mit Teilnahmeverpflichtung für die am Schlachthof arbeitenden amtlichen Tierärzte, sowie des Fachpersonals über das LANUV anzubieten

. wissenschaftlich prüfen zu lassen, bei welcher Geschwindigkeit der jeweils angewandten Betäubungsverfahren von einer ausreichenden Zeit und Prüfung des Betäubungserfolges ausgegangen werden kann

. die Möglichkeit der Installation von automatisierten Eigenkontrollsystemen zu prüfen, die die ordnungsgemäße Betäubung und Entblutung bei jedem einzelnen geschlachteten Tier bemisst und erforderlichenfalls einen automatischen Bandstillstand veranlasst

. die wissenschaftliche Entwicklung, Erprobung neuartiger, schonender und zeitgemäßer Betäubungssysteme mit geringer Fehlerquote zu fördern, mit denen die Tiere rasch, sicher und schmerzfrei betäubt werden können

. per Erlass die Installation von Überwachungskameras zur Beweissicherung einzuführen, welche den gesamten Schlachtvorgang überwachen und per Videoaufzeichnung dokumentieren (Videoüberwachungen wurden beispielsweise in Frankreich bereits zum 01.01.2018 umgesetzt, England zieht im Frühjahr 2018 nach)

. zu prüfen, ob die Schlachtung trächtiger Tiere unabhängig vom Trächtigkeitzeitpunkt aus ethischen Gründen weiter vertretbar ist.



Das Büro der SPD Kreistagsfraktion ist vom 16. Juli 2018 bis zum 29. August 2018 nicht besetzt. Bei dringenden Angelegenheiten bitten wir, sich an den Geschäftsführer Dieter Hockel Tel. 0171 7971993 zu wenden.